

## Beschluss Kampagne zur Bürgerschaftswahl am 2. März 2025 - GRÜNE JUGEND Hamburg

Antragsteller\*in: Max Michalek, Zeliha Durmus, Jalda Rahimi, Carl-Emil Förster, Lian Belgardt, Leon Meyer  
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Arbeitsprogramm & Kampagne zur Bürgerschaftswahl

### Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Hamburg steht vor der bedeutenden Aufgabe, bei der  
2 Bürgerschaftswahl 2025 die Anliegen der jungen Generation in den Fokus zu  
3 rücken. In Zeiten von Klimakrise, wachsender sozialer Ungleichheit und  
4 herausfordernden wirtschaftlichen Bedingungen ist es unabdingbar, dass unsere  
5 Stimmen gehört werden. Wir wollen uns den dringenden Herausforderungen der Stadt  
6 stellen: dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum, dem Zustand der Jugendkultur und  
7 den Ungerechtigkeiten im Bildungssystem. Die bevorstehende Wahl bietet uns die  
8 Chance, diese Themen auf die politische Agenda zu setzen und konkrete,  
9 umsetzbare Lösungen anzubieten.

10 Im Fokus unserer Kampagne stehen folgende drei Kernthemen

11 Mieten und Wohnen

12 Ob Schimmel an der Decke, eine defekte Tür oder eine verstopfte Regenrinne,  
13 viele Menschen haben schon die Erfahrung gemacht, mit ihrem Vermieter kämpfen zu  
14 müssen. Wohnen ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens, der zunehmend  
15 außer Kontrolle gerät. Hohe Mieten, die langwierige Wohnungssuche oder die  
16 Rücksichtslosigkeit von einigen Vermietern und Immobilienunternehmen sind  
17 Themen, die besonders junge Menschen beschäftigen. Viele fragen sich, ob sie es  
18 sich überhaupt noch leisten können, auszuziehen, was besonders in einer Stadt  
19 wie Hamburg zu einer immensen Herausforderung wird.

20 Die Wohnsituation in Hamburg stellt insbesondere für junge Erwachsene,  
21 Studierende und Berufseinsteiger\*innen eine zunehmend prekäre Lage dar.  
22 Angesichts nahezu unerschwinglicher Mietpreise in den innerstädtischen Vierteln  
23 sind viele von ihnen nicht nur mit der Herausforderung ihrer eigenen prekären  
24 Arbeitsverhältnisse konfrontiert, sondern nun auch mit dem aktuellen  
25 Wohnungsmarkt – ein Wohnungsmarkt, auf dem junge Menschen nicht ohne die  
26 Unterstützung anderer einen Ort zum Leben finden können. Diese Umstände führen  
27 dazu, dass junge Menschen vermehrt gezwungen sind, in äußeren Stadtteilen oder  
28 sogar außerhalb der Stadtgrenzen nach Wohnraum zu suchen. Dies hat zur Folge,  
29 dass sie von wichtigen sozialen Netzwerken und städtischen Angeboten isoliert  
30 werden und ihre Abhängigkeit vom oft unzureichenden öffentlichen Nahverkehr  
31 steigt, was zusätzliche zeitliche und finanzielle Belastungen mit sich bringt.

32 Wohnen ist ein Grundrecht, das fast jeden Aspekt unseres Lebens bestimmt. Von  
33 der Anbindung an unseren Job und Freizeitangebote bis zum Recht auf Privatsphäre  
34 hängt vieles am Wohnen. Studierende und junge Berufstätige, die Hamburg als  
35 einen Ort mit enormen Chancen betrachten, erleben Wohnraum als ein knappes und  
36 teures Gut. Wohngemeinschaften werden für viele zur einzigen bezahlbaren Option,  
37 doch auch hier steigen die Preise für Zimmer drastisch, was nicht nur die  
38 finanzielle Sicherheit, sondern auch die Unabhängigkeit und das Gefühl von  
39 Gemeinschaft bedroht, das für viele junge Menschen so wichtig ist.

40 Wir haben keine Kontrolle über unsere eigenen vier Wände. Wohnheime für  
41 Auszubildende oder sozialen Wohnungsbau gibt es kaum. Schlechte Hausverwaltungen  
42 kümmern sich nicht um unsere Anliegen – Probleme werden ignoriert, Reparaturen  
43 verschleppt und Mieterbeschwerden abgetan. Immobilienkonzerne erzielen enorme  
44 Umsätze, während wir den letzten Cent für ein WG-Zimmer ausgeben. Diese  
45 Ungerechtigkeit darf nicht der Normalzustand werden.

46 Doch es gibt Hoffnung! Gemeinsam stellen wir uns der Profitlogik in der  
47 Immobilienwirtschaft entgegen und fordern die Veränderung, die günstige Mieten  
48 möglich macht. Hamburg muss sich das Ziel setzen, eine lebendige und inklusive  
49 Stadt auch für die Jugend zu bleiben, in der bezahlbarer Wohnraum nicht das  
50 Privileg einiger weniger, sondern das Recht aller ist. Gemeinsam können wir  
51 Druck auf Politik und Konzerne ausüben, um bezahlbaren Wohnraum und  
52 menschenwürdige Lebensbedingungen für alle zu erkämpfen.

53 Jugendkulturangebote

54 Private Swimmingpools statt erschwinglicher Freibäder nebenan, Golfplätze für  
55 wenige statt gepflegte Sportplätze in ganz Hamburg oder exklusive Edelclubs  
56 statt schöne Orte zum Feiern. Wann hast du das letzte mal mit deinen  
57 Freund\*innen gehillt, ohne dir etwas kaufen zu müssen? Während Krise über Krise  
58 auf uns einprasselt, kann man kaum noch miteinander Zeit verbringen, ohne Geld  
59 in die Hand zu nehmen. Dabei werden nicht nur die Freizeitangebote teurer,  
60 sondern auch die Lebenshaltungskosten. Während einige eine renovierte  
61 Altbauwohnung in Eppendorf haben, verschimmeln die Wohnungen in Steilshoop.  
62 Während die einen hunderte Euros im Club für Champagner ausgeben, reicht bei den  
63 anderen das Geld nicht einmal für den Wocheneinkauf.

64 Es kann nicht sein, dass wir uns für die Reichen dieser Stadt kaputtarbeiten, in  
65 der Schule ausbrennen und dann in unserer kurzen Freizeit nicht mal Orte zum  
66 Erholen haben. Hamburg ist als Stadt mit vielen Kulturangeboten bekannt, aber  
67 diese muss man sich leisten können. Wir sind es, die den Reichtum und die Kultur  
68 dieser Stadt erwirtschaften, aber wir profitieren kein Stück davon! Es  
69 profitieren immer die gleichen Superreichen aus Hamburgs Nobelstadtteilen,  
70 während unsere Familien an den Stadtrand verdrängt werden. In unseren  
71 Stadtteilen gibt es kaum Aufenthaltsorte, gut ausgestattete Sportvereine oder  
72 Einkaufsmöglichkeiten und die Hamburger Innenstadt wird immer ausschließender  
73 und teurer. Aus Jenfeld oder Neugraben müssen wir ewig fahren, um Orte zu  
74 erreichen, wo wir uns gerne aufhalten und hier dann noch tief in die Tasche  
75 greifen.

76 Das geht so nicht weiter! Uns steht mehr zu. Denn unsere Freizeit darf nicht mit  
77 dem eigenen Geldbeutel stehen und fallen. Die Schuldenbremse muss abgeschafft  
78 werden, damit dieses lebenswerte Hamburg für alle bezahlt werden kann. Es ist  
79 eine politische Entscheidung, ob die Stadt ihre Ausgaben in die Jugend gewollt  
80 begrenzt oder ihr Geld für uns in Sportvereine und kostenlose Aufenthaltsorte  
81 investiert.

82 Wir wollen nach der Schule in einem Café zusammen lernen können, ohne 4,90 Euro  
83 für einen Cappuccino ausgeben zu müssen. Wir wollen uns am Wochenende zum Feiern  
84 treffen können, ohne in der Bar einen Zehner für einen Cocktail liegenzulassen.  
85 Wir wollen in einem schönen Park sitzen, mit Freunden Handball spielen,  
86 entspannt Kaffee trinken oder am Wochenende in einem Club feiern gehen, und zwar

87 nicht nur in Barmbek, der Sternschanze oder in Ottensen, sondern in ganz  
88 Hamburg!

89 Bildung

90 Was wirst du, Ärztin, Anwalt oder Architekt\*in?

91 Andauernder Stress und ein Dauergefühl der Krise ist für viele Schüler\*innen  
92 Alltag. Der ständige Leistungsdruck belastet uns. Wir müssen auswendig lernen,  
93 statt uns nach unseren Wünschen weiterbilden und entfalten zu können. Die  
94 Entwicklung der eigenen Persönlichkeit bleibt dabei auf der Strecke. Und am Ende  
95 sind wir mit Erwartungen unserer Familie und unseres Umfeldes konfrontiert,  
96 denen wir nicht standhalten können. In einer Welt, in der alle von uns erwarten,  
97 dass wir Ärzt\*in, Anwalt\*in oder Architekt\*in werden, fühlen wir uns verloren.  
98 Statt individueller Förderung erleben wir nur psychische Belastung.

99 Wie in einer Massenproduktion werden wir abgefertigt, um auf den Arbeitsmarkt  
100 gebracht zu werden. Jeden Tag fragen wir uns, wie uns die ganzen Formeln in  
101 Mathe und die uralten Gedichte in Deutsch in unserem weiteren Leben helfen  
102 sollen. Wie man Konflikte löst oder richtig kommuniziert, lernen wir hingegen  
103 nicht. Dieses kaputte System fördert und stützt Ungerechtigkeiten und  
104 benachteiligt die, die in unserer Gesellschaft ohnehin schon zurückgelassen  
105 werden. Bereits nach der vierten Klasse werden wir nach Leistung eingeteilt, die  
106 zu diesem Zeitpunkt meist einzig und allein vom Elternhaus und deren  
107 finanzieller Situierung abhängt und trotzdem unser gesamtes Leben bestimmt.

108 Die Situierung des Elternhauses ist ein weiterer entscheidender Faktor, der  
109 unsere Bildungschancen beeinflusst. Angebote wie Nachhilfe, Musikunterricht,  
110 Sprachreisen oder Sportkurse, die uns nicht nur fördern, sondern auch unsere  
111 Gesundheit stärken, können sich nicht alle leisten. Dadurch steht nicht allen  
112 Kinder gleiche Förderung und damit verbundene Chancen auf Bildung und  
113 persönliches Wachstum zur Verfügung. In Hamburg leben viele Kinder in Armut und  
114 sind von diesen Ungerechtigkeiten besonders betroffen. Diese Kinder sind oft von  
115 Beginn an in ihrer Bildungsbiografie benachteiligt.

116 Nach der Schule wird es nicht besser. Im Studium reicht das BAföG nicht einmal  
117 für die Miete. Wir sind gezwungen, schlecht bezahlte Aushilfsjobs anzunehmen, um  
118 über die Runden zu kommen. In der Ausbildung ist die Vergütung gering und wir  
119 leiden unter den Arbeitsbedingungen, unter denen wir uns danach noch unser  
120 ganzes Leben kaputt arbeiten sollen.

121 Doch Veränderung ist möglich! Wir können gemeinsam etwas bewegen, denn die  
122 Schule kann ein Ort sein, an dem man gerne lernt! Gemeinsam können wir Bildung  
123 schaffen frei von Druck und Leistungszwang ohne Kämpfe mit euren  
124 Klassenkamerad\*innen und mit uns für ein Bildungssystem, das allen gleiche  
125 Chancen bietet und niemanden zurücklässt. Lasst uns eine Schule schaffen, die  
126 individuelle Stärken fördert, alle mitnimmt und Spaß macht!

127 Um diese dringenden Themen wirksam anzugehen, werden wir in unserer Kampagne  
128 mehrere strategische Ansätze verfolgen. Die aktive Mobilisierung unserer  
129 Mitglieder steht im Zentrum unserer Bemühungen. Wir planen, ab Mitte Januar 2025  
130 regelmäßig Veranstaltungen zu organisieren, um unsere Kernanliegen in die  
131 Öffentlichkeit zu tragen und den Dialog zu fördern. Wir wollen mit den Menschen  
132 vor Ort ins Gespräch kommen. Wir möchten daher unter anderem den Haustürwahlkampf  
133 dafür nutzen und in unsere Strategie einbinden, da direkte Gespräche die

134 Möglichkeit bieten, individuelle Anliegen aufzunehmen und unser Engagement zu  
135 verdeutlichen. Durch gemeinsame Anstrengungen und mit der Unterstützung durch  
136 Workshops und Trainings in den Kreisverbänden werden wir sicherstellen, dass  
137 unsere Kampagne handlungsstark und durchschlagskräftig ist. Neben den  
138 Kampagnenaktionen soll es in den Kreisverbänden auch weiterhin  
139 Socialisingtreffen geben, die offen für Neumitglieder und Interessierte sind  
140 sowie Raum zum Austausch und zur Reflexion bieten.

141 Der Landesvorstand der Grünen Jugend Hamburg wird zudem beauftragt, ein  
142 Kampagnenteam einzusetzen, das die Planung und Umsetzung koordiniert. Das  
143 Kampagnenteam entwickelt verschiedene Aktionsformate, die in den Wintermonaten  
144 gut umsetzbar sind und stellt bei Bedarf die benötigten Materialien zur  
145 Verfügung. Zusammen mit den Kreisverbänden arbeiten wir daran, dass unsere  
146 Kampagne auf allen Ebenen präsent ist. Hamburg braucht eine gerechte und  
147 nachhaltige Zukunft, und es liegt an uns, diese möglich zu machen. Lasst uns  
148 gemeinsam für eine starke, hörbare junge Generation eintreten! Für eine  
149 erfolgreiche Kampagne braucht es uns alle. Sei dabei!

## Beschluss Israel und Palästina: Wege zur Deeskalation in einer konfliktbeladenen Region

Antragsteller\*in: Jalda Rahimi, Carl-Emil Förster, Franz Krause

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Humanität und Menschenrechte für alle!

2 Am 07. Oktober 2023 hat die islamistische Terrororganisation Hamas, der  
3 Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und weitere, kleinere Gruppen  
4 einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit  
5 tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist\*innen. Dieser brutale  
6 Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

7 Gerade deshalb sind wir solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen,  
8 die seit Jahren unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und  
9 gerade jetzt instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden  
10 Palästinenser\*innen, die im vergangenen Jahr verletzt wurden, gestorben sind  
11 oder sich nun, teilweise zum wiederholten Male, auf der Flucht befinden.  
12 Weiterhin braucht es dringend sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen  
13 alle in der Region Verantwortung.

14 Während wir diesen Antrag schreiben, erreichen uns die Nachrichten und Bilder  
15 aus dem Al-Aqsa Krankenhaus. Menschen, die in den Flammen bei lebendigem Leibe  
16 verbrennen. Die gewaltige Welle an Empörung bleibt aus. Die Menschen sind  
17 abgestumpft, erwarten eine konstante Steigerung des Leids. Wir sagen:  
18 Zehntausende Tote, die meisten davon Frauen und Kinder, ist nicht normal!

19 Das israelische Militär hat fast ganz Gaza in Schutt und Asche gelegt. Besonders  
20 betroffen sind davon Zivilist\*innen. Die Hamas versteckt sich hinter  
21 Zivilist\*innen, womit sie das internationale Völkerrecht bricht, und nutzt  
22 Fallen, um Soldat\*innen auf brutalste Art und Weise zu töten. Trotzdem zeigen  
23 verschiedene Umfragen, dass nach wie vor mehr als die Hälfte aller Menschen in  
24 Gaza den Terrorangriff auf Israel für richtig halten. Neueste Berichte werfen  
25 auch dem israelischen Militär vor, Zivilist\*innen als menschliche Schutzschilde  
26 zu nutzen und die Äußerungen von einzelnen rechtsextremen Regierungsmitgliedern,  
27 entmenslichen Palästinenser\*innen. Dieser Krieg zeigt auf, wie welche Wirkungen  
28 Desinformationskampagnen haben und wie Zivilist\*innen Spielball mehrerer  
29 Kriegsparteien gleichzeitig werden, wie sie benutzt werden und deshalb der Schutz  
30 dieser ein Fokus bei der Konfliktlösung sein muss.

31 Dabei verursachten die israelischen Verteidigungsmaßnahmen und  
32 Vergeltungsangriffe nach dem 7. Oktober 2023, wo mindestens 1200 Zivilist\*innen  
33 getötet und 239 entführt wurden, besonders im Gazastreifen, eine humanitäre  
34 Katastrophe, die tausende zivile Opfer forderte und wesentliche Infrastruktur  
35 zerstörte. Wir begrüßen, dass die EU eine Luftbrücke zur Versorgung der Menschen  
36 in Gaza eingerichtet hat und erwarten weiterhin von allen in der Region maximale  
37 Bereitschaft dazu, die humanitäre Situation zu verbessern. Tatsächlich kommen  
38 jedoch bisher zu wenige Güter sicher an, unter anderem da die Hamas Hilfsgüter  
39 beschlagnahmt und übersteuert an die Menschen verkauft, aber auch weil NGOs und  
40 andere Akteure Angst vor Beschuss durch das israelische Militär haben. Die  
41 humanitäre Krise im Gazastreifen erfordert sofortige Maßnahmen. Die anhaltende  
42 Gewalt muss beendet und eine politische Lösung durch Verhandlungen und die

43 Achtung der Menschenrechte angestrebt werden. Wir fordern die Terrororganisation  
44 Hamas deshalb auf, die Waffen niederzulegen, alle verbliebenen Geiseln sofort zu  
45 befreien und sicher an Israel zu übergeben. Die internationale Gemeinschaft muss  
46 Verantwortung übernehmen und Schritte für Frieden und Gerechtigkeit setzen.

47 Stoppt das Töten von Zivilist\*innen, Deeskalation jetzt!

48 Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung und Existenz. Es wäre ein  
49 Trugschluss zu sagen, dass Frieden nur von Israel abhängt. Das Gegenteil ist der  
50 Fall, Israel ist umgeben von antisemitischen Terrororganisationen und deshalb  
51 ist es wichtig, dass Israel sich verteidigen darf und kann. Immer wieder wird  
52 der Vorwurf von einem Genozid von Israel an dem Palästinenser\*innen erhoben.  
53 Deshalb fordern wir die schnelle Aufklärung durch unabhängige Organisationen und  
54 zuständige Gerichte während und nach dem Konflikt. Bis dahin geht es darum, dass  
55 der Konflikt nicht weiter eskaliert, wobei dies genau die Realität ist. Israel  
56 reagiert auch auf Angriffe aus dem Iran oder der Hisbollah im Libanon mit  
57 militärischen Gegenmaßnahmen, die auch die Zivilbevölkerung treffen, wie in  
58 Gaza. Wir haben Angst vor weiteren Eskalation und Leid in der Zivilbevölkerung.  
59 Während wir den Kampf gegen die Terrororganisationen Hamas, Hisbollah und das  
60 iranische Unrechtsregime unterstützen, sehen wir die derzeitige Kriegsführung  
61 durch die rechtsextreme Regierung Israels sehr kritisch.

62 Wir fordern den Landesvorstand der Grünen Jugend Hamburg auf, folgende  
63 Forderungen, auf sich zu übertragen selbst umzusetzen und einen eigenen  
64 inhaltlichen Antrag auf dem nächsten Länderrat der Grünen Jugend zu stellen  
65 worin folgendes gefordert wird:

66 • Der Bundesvorstand der Grünen Jugend setzt sich für folgende Forderungen  
67 in der Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsarbeit und in Gesprächen mit  
68 bündnisgrünen Akteuren und Verantwortungsträger\*innen ein:

69 1. Für Frieden, Sicherheit und Freiheit im Nahen Osten fordern wir eine Zwei-  
70 Staaten-Lösung und das sofortige Ende der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik  
71 in den palästinensischen Autonomiegebieten.

72 2. Auf die EU, UNO und Arabische Liga einzuwirken, einen sofortigen umfassenden  
73 Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas zu erwirken und den ungehinderten  
74 humanitären Zugang in den Gazastreifen zu ermöglichen.

75 3. Sich mit Nachdruck für die Achtung, der Menschenrechte, des humanitären  
76 Völkerrechts und der Genfer Konventionen für die Palästinenser einzusetzen.

77 • Die Grüne Jugend wird Bildungsarbeit zur Verfügung stellen, die sich  
78 kritisch mit den Verflechtungen des Unrechtsregimes im Iran, den  
79 Terrororganisationen Hisbollah und Hamas sowie der Regierung und Politik  
80 Israels, der Geschichte des Nahost Konflikts und einer Lösung dessen  
81 auseinandersetzt.

82 4. Die Bundesregierung aufzufordern, als Bundesrepublik Deutschland Palästina  
83 als Staat offiziell anzuerkennen.

84 Wir weisen Rassismus entschieden zurück!

85 Wir als Grüne Jugend Hamburg sehen aber, dass unser Wirksamkeitsbereich auf  
86 Deutschland und Hamburg beschränkt ist. Doch auch hier macht sich der Krieg

87 bemerkbar. Antisemitismus und antimuslimischer- und antiarabischer Rassismus  
88 sind auf einem Hoch, wie lange nicht mehr. Dabei zeigt sich besonders eine  
89 Entsolidarisierung gegenüber unseren muslimischen und arabischen, aber auch  
90 jüdischen Mitmenschen. Wir verurteilen diskriminierende Handlungen, ob  
91 antisemitisch oder anti-muslimisch, und bedauern deren Anstieg seit den  
92 Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023.

93 Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf diejenige,  
94 die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feierten, im vergangenen Jahr  
95 immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt wurde, ist  
96 schäbig: In Deutschland lebende Muslim\*innen kollektiv zu unterstellen, die  
97 Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch.

98 Selten haben sich Menschen aus der muslimischen und arabischen sowie jüdischen  
99 Community so alleine und ausgegrenzt gefühlt. Dazu kommt eine Politik, die  
100 ständig gegen Migrant\*innen hetzt. Seien es Friedrich Merz, der gegen  
101 migrantisierte Taxifahrer hetzt, eine CSU, die antimuslimisches  
102 Propagandamaterial herstellt, das an dunkelste Zeiten erinnert oder Grüne, die  
103 eine Asylrechtsverschärfung nach der nächsten durchwinken. Auch die zunehmenden  
104 Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus bekämpft man  
105 nicht, indem man sich an rassistischen Debatten beteiligt. Antimuslimischer  
106 Rassismus ist keine Strategie gegen Antisemitismus!

107 Wir sagen: Es reicht! Wir befeuern nicht weiter diesen Teufelskreis der Hetze  
108 gegen Muslim\*innen. Die Gefahr von Rechts richtet sich nicht nur gegen  
109 Jüd\*innen, sondern auchbgegen Migrant\*innen und viele andere marginalisiert  
110 Gruppen. Während Deutschland ein echtes Problem mit Islamismus hat, wird das  
111 nicht nur schleppend angepackt. Es wird auch ein Keil weiter durch die  
112 Gesellschaft getrieben, der Menschen nur weiter in die Radikalisierung treibt.  
113 Statt Populismus braucht es jetzt eine solidarische und integrierende Politik!

## Beschluss Bildungsgerechtigkeit: Bildungschancen unabhängig von sozialer Ungerechtigkeit

Antragsteller\*in: Jule Struck, Leon Meyer  
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedene Anträge

### Antragstext

1 Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung. So einigten sich die UN-Staaten schon  
2 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechten. Doch ist der Zugang zu  
3 Bildung in Deutschland sehr unterschiedlich gestaltet. So bestimmen das  
4 Einkommen und der Bildungsstand der Eltern bei vielen Kindern den Bildungsweg  
5 und damit auch spätere Chancen und Auswahlmöglichkeiten in der Berufswelt.  
6 Kinder werden auf verschiedene Schulformen aufgeteilt, mit wenig Chancen diese  
7 später zu wechseln. Dabei wird wenig auf die Bedürfnisse der Kinder geachtet.  
8 Sie werden hohem Druck und Stress ausgesetzt, ohne dass die Politik ihnen etwas  
9 zurückgibt. Auch sind Schulen unterschiedlich gut ausgestattet, sodass schon der  
10 Wohnort einer Familie Einfluss auf den Bildungsstandard haben kann. Wir finden,  
11 dass das so nicht geht.

12 Viele Schüler:innen leiden in der Schule unter Stress und Leistungsdruck: Es  
13 werden gute Noten, viel Anstrengung und Zeit von ihnen erwartet. Sie müssen sich  
14 dem System Schule anpassen, auch wenn es ihnen schwerfällt. Große Lerngruppen,  
15 eintönige Unterrichtsstunden und unschöne Lernräume fördern den Spaß an Schule  
16 auch nicht.

17 Besonders stark betroffen sind Schüler:innen aus finanziell schwachen und  
18 bildungsfernen Familien. Bei ihnen kommen viele äußerliche Faktoren hinzu, wie  
19 Hunger, schlechtere Materialien, weniger Ansprechpersonen im familiären Umfeld,  
20 die Kapazitäten zum Helfen haben. Auch gibt es viele innere Faktoren, die vom  
21 Unterricht ablenken, wie Geldsorgen, Angst vor Rassismuserfahrungen, der schon  
22 genannte Leistungsdruck. Der Erfolg im Bildungssystem ist in Deutschland sehr an  
23 das Einkommen der Eltern gekoppelt - weit über dem OECD Schnitt - und das muss  
24 sich ändern. Durch die Kopplung des Bildungserfolgs an ihre Umstände entstehen  
25 systematische Diskriminierungen, die über Generationen hinweg weitergegeben  
26 werden.

27 Politische Parteien sind sich dieser Probleme bewusst. So wurde beispielsweise  
28 die Option auf ein kostenloses Mittagessen für alle Schüler:innen nach  
29 Empfehlung eines Bürgerrats im Bundestag eingebracht. Wenn Schüler:innen vor  
30 Hunger leidend im Klassenraum sitzen, ist es nahezu unmöglich, sich auf das  
31 Wesentliche zu konzentrieren: den Unterricht und das Lernen. Hunger  
32 beeinträchtigt unsere Leistungsfähigkeit und sorgt dafür, dass wir nicht unser  
33 volles Potenzial ausschöpfen können. Daher ist der Umstand, dass Kinder und  
34 Jugendliche hungrig in die Schule kommen nicht hinnehmbar. Ein kostenloses  
35 Mittagessen an Schulen könnte hier einen bedeutenden Unterschied machen. Es  
36 würde sicherstellen, dass jedes Kind Zugang zu einer gesunden Mahlzeit hat.  
37 Dadurch könnten wir uns besser auf unsere Schulbildung konzentrieren, was  
38 letztendlich zu besseren Leistungen und weniger Stress führen würde. Zudem würde  
39 solch eine Maßnahme auch ein starkes Zeichen für Chancengleichheit setzen:  
40 Bildung und Gesundheit sind für alle zugänglich, unabhängig von der finanziellen  
41 Situation der Familie.



42 Kinder und Jugendliche sind eine Gruppe, die besonders viel Schutz benötigt.  
43 Häufig können sie nur schlecht für ihre eigenen Sorgen und Werte einstehen und  
44 leiden mehr unter systemischen Prozessen. Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND  
45 Hamburg, dass die Probleme von Schüler:innen endlich ernst genommen werden. Auch  
46 wollen wir selbst Verantwortung übernehmen und dieser Gruppe eine Stimme  
47 verleihen. Wir werden diese Anliegen in die kommenden Kampagnen tragen und im  
48 Rahmen unserer Nachwuchsförderung besonders junge Mitglieder fördern.